

Eltern drohen mit einem Volksbegehren

Debatte um mehr Personal in Kitas geht in neue Runde – CDU warnt vor unrealistischen Forderungen – Thüringer Bürger machen Druck auf Regierung

VON JAN OETSCHNER

Chemnitz. Elternvertreter in Sachsen wollen notfalls mit einem Volksbegehren eine Verbesserung der Personalsituation an den etwa 2700 Kindertagesstätten erreichen. „Wir machen das, wenn andere Möglichkeiten scheitern“, so Leif Wetzel-Dresch, Chef des Städtelernrates Chemnitz. Schließlich gebe es ein großes Interesse in der Bevölkerung, so Wetzel-Dresch. Allein in den drei Großstädten Chemnitz, Leipzig und Dresden hätten die Eltern im Vorjahr 18.000 Unterschriften gesammelt.

Neben den Elternvertretern machen auch die Wohlfahrtsverbände wegen der aus ihrer Sicht schlechten Kita-Personalsituation mobil. Die 240.000 Kinder würden von zu wenig Pädagogen betreut. Dertzeit kümmert sich im Schnitt eine Erzieherin um 13 Kindergartenkinder. In Krippen liegt der Schlüssel bei 1:6. „Der Ländermo-

sechs Kinder betreuen. „Das würde im ersten Jahr etwa 23 Millionen Euro mehr kosten“, sagt Siegfried Kosi, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. Die Eltern sollten nach den Vorstellungen der SPD aber über die Beiträge nicht mehr als bislang belastet werden. Hintergrund: An der Kita-Finanzierung beteiligen sich Freistaat, Kommunen sowie die Eltern mit ihren Beiträgen zu je einem Drittel. Alexander Krauß, der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, warnt vor unrealistischen Forderungen angesichts des kleiner werdenden Landeshaushaltes. „Wir müssen eine Lösung der kleinen Schritte finden. Doch das geht nur mit den Kommunen zusammen.“

Die Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 bei Kindergärten war bereits in einem Regierungsantrag für 2009/2010 vorgesehen, so das Kultusministerium kürzlich. Aber dies sei nicht umgesetzt worden,

da wegen der Finanzierung keine Einigung mit den Kommunen erzielt wurde. Der Kompromiss: Seit März 2009 gibt es das für Eltern beitragsfreie Vorschuljahr. „Abzuwägen wäre, ob die 38 Millionen Euro nicht wirksamer für Verbesserungen, insbesondere dem Kita-Personalschlüssel, eingesetzt wären“, so die Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Viel Arbeit für Volksbegehren

„Wir warten jetzt ab, was aus dem SPD-Gesetzantrag wird“, sagt Elternsprecher Wetzel-Dresch. Sollte dieser im Landtag keine Mehrheit finden, werde das angekündigte Volksbegehren starten – was in Sachsen mit viel Arbeit verbunden ist: Zuerst müssen mindestens 40.000 Unterschriften für einen Volksantrag gesammelt werden. Dieser wird im Landtag erörtert. Im Falle einer Ablehnung müssen die Antragsteller durch ein Volksbegehren eine Entscheidung der Bürger

herbeiführen: Unterstützen mehr als 450.000 Stimmberechtigte das Volksbegehren, wird über den Gesetzesentwurf anschließend durch Volksentscheid abgestimmt. In Sachsen gab es bereits acht solcher Versuche, aber nur der Volksentscheid zur Verlinkdung der vom Land geplanten Fusion von 23 Sparkassen war erfolgreich.

Auch in Thüringen kämpfen Eltern um mehr Kita-Personal: Die dort regierende schwarz-rote Koalition beabsichtigt nach langem Druck der Bürger, unter anderem 2010 zusätzliche Kita-Erzieher einzustellen. Trotzdem wurde begonnen, die für ein nun folgendes Volksbegehren in Thüringen nötigen 200.000 Unterschriften zu sammeln. Das Misstrauen der Bürger sei angebrochen – im Laufe der parlamentarischen Beratung könne es noch Überraschungen geben, so ein Sprecher. Das Volksbegehren werde erst gestoppt, wenn das Gesetz unverändert in Kraft tritt.